

presse

Junckers Quotensystem muss um einen Flüchtlingsfonds ergänzt werden

Norbert Spinrath, europapolitischer Sprecher:

Mit den von Jean-Claude Juncker vorgestellten Vorschlägen für eine Reform der Europäischen Flüchtlingspolitik beendet der Kommissionspräsident die Heuchelei einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten, das gegenwärtige Europäische Asylsystem hätte etwas mit Solidarität, Fairness oder Gerechtigkeit zu tun. Das Dublin-System ist gescheitert. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam die Verantwortung für die schutzbedürftigen Menschen tragen, nicht nur der Staat der ersten Einreise; dazu könnte auch ein Flüchtlingsfonds einen entscheidenden Beitrag leisten.

„Deshalb ist das vorgeschlagene Maßnahmenpaket grundsätzlich zu begrüßen. Sowohl die Sofortmaßnahme zur verbindlichen Verteilung von zusätzlich 120.000 Flüchtlingen von Griechenland, Italien und Ungarn auf die übrigen Mitgliedstaaten als auch das zukünftige System festgelegter Quoten sind sinnvolle Vorschläge.

Aber eine Quote allein sorgt noch nicht dafür, dass die Flüchtlinge in den ihnen künftig zugewiesen Staaten bleiben wollen. Vergleichbare Standards bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Bearbeitung und den Entscheidungen der Asylanträge sind nötig. Deshalb müssen über Junckers Vorschläge hinaus die aufnehmenden Mitgliedstaaten Gelder aus dem EU-Haushalt erhalten. Ein Quotensystem und ein europäischer Flüchtlingsfonds schließen sich nicht gegenseitig aus, sie ergänzen sich. Konsequenterweise muss der Gemeinschaftshaushalt anwachsen.

Ein solches Maßnahmenpaket würde die Bereitschaft der Flüchtlinge steigern, in

ihrem Aufnahmeland zu bleiben. Auch die von Juncker vorgeschlagene sofortige Arbeitserlaubnis für Asylbewerber hilft bei der Akzeptanz und Integration. Daneben müssen wir weitere Anreize für Asylsuchende schaffen, in den ihnen zugewiesenen Mitgliedstaaten zu bleiben, wie zum Beispiel die schnellere Gewährung eines EU-Daueraufenthalts.

Und schließlich muss das Maßnahmenpaket ergänzt werden und unzweifelhaft schutzbedürftigen Menschen sicherere Wege in die Europäische Union eröffnet werden. Dies wäre der effektivste Weg, Menschenleben zu retten und den Schmugglern ihre Geschäftsbasis zu entziehen.“